



HERZLICH WILLKOMMEN

Pressekonferenz der SVP Basel-Stadt



Heutiges Thema

**Abstimmungskampagne der SVP zu den
kantonalen Vorlagen vom 27.11.2011**



Ablauf



Weshalb die Sprachinitiative angenommen werden muss

Grossrat lic. iur. Felix Meier



Wehret den Anfängen: Weshalb die Verfassungsänderung abgelehnt werden muss

Grossrat Lorenz Nägelin



Die SVP ist verlässlich und setzt sich für die Bevölkerung ein

Nationalrat Dr. Sebastian Frehner



Kampagne zu den Vorlagen

Nationalrat Dr. Sebastian Frehner



Weshalb die Sprachinitiative angenommen werden muss

Grossrat **lic. iur. Felix Meier**

Sekretär SVP Basel-Stadt
Präsident Justiz-, Sicherheits- und
Sportkommission JSSK



Initiativtext der SVP-Sprachinitiative:

Die Verfassung des Kantons Basel-Stadt soll folgendermassen geändert werden:

§ 39a Für die ordentliche Einbürgerung ist ein Nachweis über Kenntnisse der deutschen Sprache in Wort und Schrift auf dem Niveau B2 gemäss dem „Gemeinsamen europäischen Referenzrahmen für Sprachen“ vorausgesetzt. Der Nachweis ist zusammen mit der Anmeldung des Einbürgerungsgesuchs einzureichen. Auf ein Gesuch ohne Sprachnachweis wird nur eingetreten, wenn die Voraussetzungen für eine Dispens (Abs. 3) erfüllt sind.

2 Der Sprachnachweis wird erbracht durch die Einreichung eines international anerkannten Sprachdiploms wie dem telc-Zertifikat oder dem Goethe-Zertifikat. Die den genannten Zertifikaten als gleichwertig anerkannten Sprachdiplome werden auf Gesetzesstufe aufgelistet.

3 Vom formellen Sprachnachweis wird nur abgesehen (Dispens), wenn eine Bewerberin oder Bewerber insbesondere aufgrund der Sprachherkunft oder der schulischen Bildung das verlangte Niveau offensichtlich erfüllt.

Text des Gegenvorschlages des Grossen Rates

In § 13 Abs. 1 BÜRG wird folgende neue lit. d eingefügt:

d) Nachweislich über Kenntnisse der deutschen Sprache in Wort und Schrift verfügen, um sich über allgemeine Themen auszutauschen und behördliche Informationen in der Hauptsache zu verstehen. **Auf erhebliche Lern- und Leistungsschwierigkeiten sowie Behinderungen wird Rücksicht genommen.**

**Wehret den Anfängen!
Weshalb die Verfassungsänderung
abgelehnt werden muss**

Grossrat Lorenz Nägelin

Fraktionspräsident SVP Basel-Stadt



Keine Einbürgerungen mehr durch den Grossen Rat!

Bei einer Annahme der Verfassungsänderung hätte der Grosse Rat keinen Einfluss mehr auf die Bürgerrechtserteilung.

Einbürgerungen würden vom Regierungsrat vollzogen werden.

Verfassungsänderung ist der Tarnmantel!

Die Verfassungsänderung ist der Tarnmantel und der erste Schritt zur Verschleuderung des Schweizer Bürgerrechts!

Denn es darf nicht vergessen werden:

Bei einem JA zur Verfassungsänderung wird der Grosse Rat das Bürgerrechtsgesetz ändern. Damit würde die kantonale Wohnsitzpflicht massiv verkürzt werden !

Schweizer in zwei Jahren?

	Geltendes Recht		Ratschlag		Kommissionsantrag	
	Kanton	Gemeinde	Kanton	Gemeinde	Kanton	Gemeinde
Schweizerinnen und Schweizer (§ 17 Abs. 1 lit. a BÜRG)	3 Jahre	1 Jahr	2 Jahre	1 Jahr	-	2 Jahre
Junge Ausländerinnen und Ausländer mit 5-jähriger schweizerischer Schulbildung (§ 17 Abs. 1 lit. b BÜRG)	3 Jahre	1 Jahr	2 Jahre	1 Jahr	-	2 Jahre
Ausländerinnen und Ausländer (Erteilung des Kantonsbürgerrechts durch den Regierungsrat ; § 17 Abs. 1 lit. c BÜRG)	15 Jahre (wovon die letzten 5 Jahre ohne Unterbruch. Die Zeit zwischen dem 10. und 20. Altersjahr wird doppelt gezählt)	3 Jahre	5 Jahre unmittelbar vor Gesuchseinreichung	1 Jahr	-	2 Jahre
Ausländerinnen und Ausländer (Erteilung des Kantonsbürgerrechts durch den Grossen Rat ; § 19 Abs. 2 BÜRG)	5 Jahre (10 Jahre gegenstandslos, da gemäss Bundesrecht fehlende Wohnsitzjahre nicht mehr finanziell abgegolten werden dürfen)	3 Jahre	2 Jahre	1 Jahr	-	-

Vorlage schadet der Integration!

Bei einer Annahme, wären die Integrationsbemühungen des Staates vergebens. Die Integration einer Person würde mehr im Vordergrund stehen.

Auch Sprachkenntnisse wären nicht mehr relevant!

Schlecht integrierte Ausländer bekämen den Schweizer Pass zum Nulltarif!

Der Schweizer Pass würde somit verschenkt!

Nein zu Masseneinbürgerungen!

Mit dem vorgesehenen Systemwechsel würden die Einbürgerungszahlen in die Höhe schnellen!

Die Folge wären regelrechte Masseinbürgerungen!

Die SVP lehnt diese Verschleuderung des schweizerischen Bürgerrechts klar ab und sagt deshalb NEIN zur Verfassungsänderung.

**Die SVP ist verlässlich und
setzt sich für die Bevölkerung ein**

Nationalrat Dr. Sebastian Frehner

Präsident SVP Basel-Stadt



SVP setzt sich für Bevölkerung ein

Alle Parteien – mit Ausnahme der SVP - sind für die Verfassungsänderung und lehnen die Sprachinitiative ab.

Die Bevölkerung hat sehr klare Vorstellungen, was Ausländerrecht, Integration und Sicherheit anbelangt.

→ NEIN zum Ausländerstimmrecht

→ JA zur Ausschaffungsinitiative

Alle Parteien mit Ausnahme der SVP sind für Masseneinbürgerungen, eine unkontrollierte Vergabe unseres Schweizer Bürgerrechts, gegen klar definierte Einbürgerungskriterien und somit auch gegen die Integration von Migranten!

Unehrliche Politik der anderen Parteien

Alle Parteien ausser der SVP betreiben eine unehrliche Politik, was die Themen Ausländerrecht, Integration und Sicherheit anbelangen.

Beispiele:

Alle Parteien sind für eine verstärkte Polizeipräsenz zur Verbesserung der Sicherheit.

Im Parlament stimmten alle gegen die SVP-Sicherheitsinitiative...

Alle bürgerlichen Parteien haben sich gegen das Asylwohnheim im Felix Platter-Spital ausgesprochen.

Im Parlament haben sie einen entsprechenden SVP-Vorstoss dann aber abgelehnt...

Beispiele:

Alle bürgerlichen Parteien und die CVP waren empört wegen der Besetzung des ehem. Kinderspital-Areals.

Im Parlament haben sie einen Vorstoss zum Schutz vor der Besetzung solcher Liegenschaften abgelehnt...

Alle bürgerlichen Parteien inkl. CVP und GLP haben sich für stärkere Integrationsvorgaben ausgesprochen.

Die SVP-Integrationsinitiative unterstützen sie nun aber nicht, obschon sie auf einem gemeinsamen Vorstoss basiert...

Die SVP ist verlässlich

Die SVP ist die einzige Partei, welche in Ausländerfragen verlässlich ist.

Die SVP wehrt sich gegen

- kriminelle Ausländer**
- die Verschleuderung des Bürgerrechts**
- ungenügende Integration von Ausländern**
- eine Verghettoisierung der Quartiere**

Kampagne

Nationalrat **Dr. Sebastian Frehner**

Präsident SVP Basel-Stadt



Schweizer Pass verschenken?



Am 27.11.2011:
NEIN zur Verfassungsänderung!
(Zuweisung der ausschliesslichen Kompetenz
für die Erteilung des kantonalen Bürgerrechts
an den Regierungsrat)

Schweizer
reden
Deutsch!

JA zur Initiative für eine faire
Einbürgerung (Sprachinitiative)!

NEIN zum
Gegenvorschlag!

Stichfrage: Initiative



Sagen Sie am 27.11.2011

NEIN zur Verschleuderung des Schweizer Bürgerrechts!

Wollen Sie, dass der Regierungsrat alleine über Einbürgerungen entscheidet?

Bei Annahme der Verfassungsänderung hätte das kantonale Parlament, welches Sie wählen, keinen Einfluss mehr auf die Erteilung des Bürgerrechts. Die Einbürgerungen würden vom Regierungsrat formlos vollzogen.

Wollen Sie, dass man nach nur 2 Jahren eingebürgert wird?

Bei einem Ja zur Verfassungsänderung, wird das Parlament das Bürgerrechtsgesetz ändern. Damit würde die kantonale Wohnsitzpflicht massiv von maximal 15 auf 2 Jahre verkürzt und das Schweizer Bürgerrecht verschleudert werden. Integration und Sprachkenntnisse wären nicht mehr ausschlaggebend. Schlecht integrierte Ausländer bekämen den Schweizer Pass zum Nulltarif.

Wollen Sie Masseneinbürgerungen?

Mit dem vorgesehenen Systemwechsel würden die Einbürgerungszahlen in die Höhe schnellen, weil sich Ausländer schon nach kurzer Zeit einbürgern lassen können. Die Folge wären regelrechte Masseneinbürgerungen.

Deshalb: Wehret den Anfängen! **Stimmen Sie am 27.11.2011**

NEIN zur Verfassungsänderung

(Zuweisung der ausschliesslichen Kompetenz für die Erteilung des kantonalen Bürgerrechts an den Regierungsrat)

Wir sind gegen die Verschleuderung des schweizerischen Bürgerrechts: Aaron Agnolazza, Einwohnerrat; Lorenz Amlet, Vizepräsident SVP BS; Dr. Sebastian Frehner, Nationalrat u. Parteipräsident SVP BS; Alexander Gröflin, Grossrat u. Präsident JSVP BS; Oskar Herzog-Jonasch, Grossrat; Ursula Kissling, Grossrätin; Ilc. Iur. Felix Meier, Grossrat u. Präsident Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission JSSK; Lorenz Nägelin, Grossrat u. Fraktionspräsident SVP BS; Eduard Rutschmann, Grossrat u. Präsident SVP Riehen; Dr. Karl Schweizer, Einwohnerrat u. Fraktionspräsident SVP Riehen; Ernst G. Stalder, Einwohnerrat; Andreas Ungricht, Grossrat; Felix Wehrli, Vorstand SVP Riehen; Samuel Wyss, Grossrat

www.svp-basel.ch

SVP Basel-Stadt, 4000 Basel, Telefon 061 260 29 15, www.svp-basel.ch, info@svp-basel.ch



Sagen Sie am 27.11.2011

JA zur Initiative

„für eine faire Einbürgerung (Sprachinitiative)“

Wer Schweizer werden will, muss Deutsch können!

Wer Schweizer Bürger wird, erhält mit der Einbürgerung alle politischen Rechte. Schweizer Bürger können sich in öffentliche Ämter, z.B. als Regierungsrat oder Richter wählen lassen und darüber entscheiden, welche Personen in Ämter gewählt werden. Um diese Rechte zu erlangen, sind ausreichende Deutschkenntnisse zwingend.

Wer über die Zukunft der Schweiz entscheiden will, soll Deutsch lernen müssen!

Bei allen Volksabstimmungen über die Gestaltung unserer Gesellschaft stimmen Eingebürgerte mit. Damit einbürgerungswillige Ausländer die politischen Rechte in unserem Kanton mit vollem Wissen wahrnehmen können, müssen sie integriert und der deutschen Sprache mächtig sein. Es geht schliesslich um die Zukunft unseres Landes!

Was fordert die Initiative?

Die Initiative „für eine faire Einbürgerung“ fordert ein gesetzliches Sprachniveau. Das Niveau des europäisch definierten Referenzrahmens reicht von A1 (Grundkenntnisse) bis C2 (sehr gute Sprachkenntnisse). Mit dem Niveau B2, welches in der Initiative gefordert wird, sind mittlere Sprachkenntnisse verlangt.

Im Einzelnen heisst dies:

- Hören: Kann längeren Redebeiträgen/Vorträgen folgen und Nachrichten-sendungen verstehen
- Lesen: Kann Artikel und Berichte lesen und dabei Standpunkte des Autors verstehen
- Sprechen: Kann sich mit Muttersprachlern im Gespräch verständigen und sich aktiv an Diskussionen beteiligen
- Schreiben: Kann in Berichten Informationen wiedergeben und Argumente darlegen

Deshalb: Keine Einbürgerung ohne genügend Sprachkenntnisse! **Stimmen Sie am 27.11.2011:**

JA zur Initiative für eine faire Einbürgerung (Sprachinitiative)!

NEIN zum Gegenvorschlag!

Stichfrage: Initiative

Wir stehen hinter der Sprachinitiative: Aaron Agnolazza, Einwohnerrat; Lorenz Amlet, Vizepräsident SVP BS; Dr. Sebastian Frehner, Nationalrat u. Parteipräsident SVP BS; Alexander Gröflin, Grossrat u. Präsident JSVP BS; Oskar Herzog-Jonasch, Grossrat; Ursula Kissling, Grossrätin; Ilc. Iur. Felix Meier, Grossrat u. Präsident Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission JSSK; Lorenz Nägelin, Grossrat u. Fraktionspräsident SVP BS; Eduard Rutschmann, Grossrat u. Präsident SVP Riehen; Dr. Karl Schweizer, Einwohnerrat u. Fraktionspräsident SVP Riehen; Ernst G. Stalder, Einwohnerrat; Andreas Ungricht, Grossrat; Felix Wehrli, Vorstand SVP Riehen; Samuel Wyss, Grossrat

www.svp-basel.ch

SVP Basel-Stadt, 4000 Basel, Telefon 061 260 29 15, www.svp-basel.ch, info@svp-basel.ch



Die SVP Basel-Stadt wird in viele Haushalte des Kantons einen Abstimmungsflyer verteilen lassen.

Die SVP wird zudem auf Facebook präsent sein.

Auf eine Plakatkampagne wird aus finanziellen Gründen verzichtet.

Fragerunde



**Herzlichen Dank für das
Interesse**

